

Genfer Konferenz beschäftigt sich mit "Zehn Jahren Dayton und danach"

Veranstalter wollen Prozess einleiten, in dem bosnische Politiker und Vertreter der Zivilgesellschaft mehr Eigenverantwortung übernehmen

Sarajewo - In Genf beginnt am Donnerstag eine zweitägige Bosnien-Konferenz mit dem Titel "Zehn Jahre Dayton und danach". Ziel der Veranstalter ist es, einen Prozess einzuleiten, der die Übernahme von mehr Eigenverantwortung durch bosnische Politiker und Vertreter der Zivilgesellschaft vorsieht. Denn eine Dekade nach Unterzeichnung des Dayton-Friedensvertrages, der den Bosnienkrieg im November 1995 beendete, ist die Behörde des Hohen Repräsentanten weiterhin die alles entscheidende politische Macht in der einstigen sozialistischen Tito-Republik.

Die EU plant, die weit reichenden Befugnisse nach den bosnischen Parlamentswahlen im Oktober 2006 weitest gehend aufzugeben. Voraussetzung für die Übergabe der Macht an die lokalen Behörden ist jedoch eine grundlegende Reform der ineffizienten, nach ethno-nationalistischen Kriterien aufgebauten bosnischen Verfassung.

EU-Kommission und -Rat haben deutlich gemacht, dass Land nur dann in die Union aufgenommen wird, wenn die beiden in Dayton geschaffenen, als Entitäten bezeichneten Bundesländer weitere Vollmachten an den Zentralstaat abgeben. Vor allem die serbisch dominierte Republika Srpska (RS) wehrte sich in der Vergangenheit dagegen. Zuletzt stimmten Parlament und Regierung jedoch der Schaffung einer gesamtstaatlichen Polizei und der Zusammenlegung der einst verfeindeten Armeen zu.

Erst am Dienstag wurde ein Gesetz zur Polizeireform verabschiedet und damit der Weg für Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit der EU geebnet. Um den aufgeblähten Staatsapparat zu reduzieren, wird die muslimisch-kroatische Föderation wohl auch der Zerschlagung ihrer zehn Kantone zustimmen müssen. (mrb, DER STANDARD, Print, 20.10.2005)

derStandard.at | Politik | International | Europa

23. Oktober 2005
14:54 MESZ

Konferenz zu Bosnien: Zufriedenheit über EU-Bereitschaft zu Abkommen

Paddy Ashdown: "Das ist ein historischer Tag"

Genf - Die Teilnehmer der internationalen Konferenz zu Bosnien-Herzegowina in Genf haben sich am Freitag "zufrieden" gezeigt über die Bereitschaft der EU zu Gesprächen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA). Die EU-Kommission hatte dies am Freitag in Brüssel angekündigt.

Paddy Ashdown, der Hohe Internationale Vertreter in Bosnien, erklärte sich erfreut über die Ankündigung der EU-Kommission. "Das ist ein historischer Tag", sagte er zum Abschluss des Treffens in Genf. Die Aufgaben seines Nachfolgers würden sich demzufolge von den seinen unterscheiden.

Entscheidende Vorstufe

"Für diesen Schritt haben wir lobbyiert", sagte Chrisophe Solioz, Exekutivdirektor der Bosnienvereinigung (Association Bosnia and Herzegowina), welche die Konferenz anlässlich des 10-jährigen Dayton-Abkommens organisierte. Mit dem Dayton-Abkommen konnte der Krieg beendet werden.

Ein Stabilisierungsabkommen mit der EU ist die entscheidende Vorstufe für spätere Verhandlungen über einen möglichen EU-Beitritt. Voraussetzung für ein Abkommen ist eine "solide politische Struktur und funktionierende Verwaltung", wie eine Sprecherin der EU-Kommission in Brüssel sagte.

Ende internationaler Abhängigkeit

Osman Topcagic, der in der bosnischen Regierung das Büro für europäische Integration leitet, sagte in Genf, ein Abkommen mit der EU werde der internationalen Abhängigkeit Bosniens ein Ende setzen. Bis zu einem EU-Beitritt müssten aber noch viele Aufgaben erledigt werden.

Dazu zählt die von der EU verlangte Auslieferung des angeklagten Serbenführers Radovan Karadzic und dessen Armeechef Ratko Mladic an das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag. Ashdown unterstrich, andernfalls könne ein SAA mit der EU nicht abgeschlossen werden.

Am Wendepunkt

Außenministerin Micheline Calmy-Rey hatte am Mittwoch bei der Eröffnung der Konferenz gesagt, Bosnien-Herzegowina sei an einem Wendepunkt. Das Land sei an der Schwelle zu euro-atlantischen und europäischen Strukturen. EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn hatte am Mittwoch die Bereitschaft der EU-Kommission zu Verhandlungen mit Bosnien über ein SAA angekündigt.

An der zweitägigen Konferenz nahmen rund 300 Politiker, Künstler, Studenten,

Wissenschaftler und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NGO) teil. Im Zentrum der Gespräche standen die Förderung staatlicher Institutionen und der Demokratie, eine Verfassungsreform, die Wirtschaft, die Bildung und die Kultur.

Die Schweiz übernahm mit 150.000 Franken einen Drittel der Kosten der Konferenz. Diese wurde auch von Deutschland und Österreich sowie von verschiedenen Stiftungen unterstützt. (APA)

© 2005 derStandard.at - Alle Rechte vorbehalten.

Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.